

Gemeinde Muldestausee

Beschlussantrag Nr.: 225/2022

☒ öffentlicher Teil

☐ nichtöffentlicher Teil

Sachbearbeiter:	Frau Krake	Beteiligtes Fachamt:
Federführende Stelle:	Bauamt	

Beratungsfolge				
Gremium		Datum	dafür	dagegen
Ortschaftsrat Burgkernitz				
Ortschaftsrat Friedersdorf				
Ortschaftsrat Gossa				
Ortschaftsrat Gröbern				
Ortschaftsrat Krina				
Ortschaftsrat Mühlbeck				
Ortschaftsrat Muldenstein				
Ortschaftsrat Plodda				
Ortschaftsrat Pouch				
Ortschaftsrat Rösa				
Ortschaftsrat Schlaitz				
Ortschaftsrat Schmerz				
Ortschaftsrat Schwemsal				
Ausschuss für Soziales, Schule, Kultur, Jugend und Sport				
Bau- und Vergabeausschuss				
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	11.10.2022		
Jugendgemeinderat				
Gemeinderat	Beschlussfassung	19.10.2022		

Kurztitel:

6. Änderungssatzung zur Gewässerumlagesatzung

Beschlusstext:

Auf der Grundlage der §§ 52 bis 56 a des Wassergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, der §§ 8, 45 und 99 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sowie der §§ 1, 2 und 5 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt in den jeweils derzeit gültigen Fassungen, beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Muldestausee die 6. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Muldestausee zur Umlage der Verbandsbeiträge des Unterhaltungsverbandes „Mulde“ vom 24.05.2018 (Gewässerumlagesatzung 2018).

Erläuterung:

In der 6. Änderungssatzung wird der Beitragssatz für das Erhebungsjahr 2022 festgelegt. Dies ist nach der Kalkulation und Beschlussfassung des Unterhaltungsverbandes „Mulde“ jährlich erforderlich.

Der Verwaltungskostenaufwand beträgt gemäß beiliegender Berechnung insgesamt 30.498,67 €. Der Gemeinde liegt ein Schreiben von der Kommunalaufsicht vom 08.11.2016 vor, aus dem hervorgeht, dass das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie darauf hinweist, dass die Höhe der umzulegenden Verwaltungskosten 20 % des Umlagevolumens der Verbandsbeiträge nicht überschreiten sollte.

Der Beitrag für den Gewässerunterhalt für 2022 beträgt 125.460,72 €. Demnach dürfen die Verwaltungskosten nur 25.092,14 € betragen. Die aktuelle Kalkulation überschreitet diesen Betrag somit um 5.406,53 €.

Die Gemeinde Muldestausee folgt dem Hinweis der MULE und legt aus diesem Grund nur 25.092,14 € an Verwaltungskosten auf den Flächenbeitrag um. Somit werden 25.092,14 € auf die Gesamtfläche aller Grundstücke der Gemeinde Muldestausee umgelegt ($25.092,14 \text{ €} / 13.767,4728 \text{ ha} = 1,82 \text{ €/ha}$).

Vom Unterhaltungsverband wird ein Erschwernisbeitrag im Jahr 2022 in Höhe von 10.524,75 € erhoben. Dieser muss von der Gemeinde auf die Flächen umgelegt werden, die nach der Nutzungsart nicht der Grundsteuer A unterliegen. Hier ergibt sich folgende Berechnung: $10.524,75 \text{ €} / 1.408,8945 \text{ ha} = 7,47 \text{ €/ha}$.

Für das Veranlagungsjahr 2022 ergeben sich damit folgende Umlagesätze:

Flächenbeitrag: 10,17 €/ha (8,35 €/ha Umlage durch den Unterhaltungsverband zzgl. 1,82 €/ha Verwaltungskosten).

Erschwernisbeitrag: 7,47 €/ha.

Außerdem werden die §§ 1 und 11 der Gewässerumlagesatzung entsprechend der Anlage geändert. Die Änderung erfolgt auf Empfehlung der Kommunalaufsicht.

Der Mehraufwand, der sich bei einem Wegfall der Bagatellgrenze ergeben würde, wurde bereits im letzten Jahr durch den Bürgermeister im HFA (siehe Protokoll der Sitzung des HFA am 01.12.2021) ausführlich erläutert.

Eine Anpassung der Satzung, um Bescheide über mehrere Jahre aufsummieren zu können, ist aus Sicht der Verwaltung aus personellen und technischen Gründen nicht möglich. Da sich der Beitragssatz jedes Jahr verändert, wäre eine Aufsummierung über mehrere Jahre mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden. Hunderte von Kassenzeichen müssten neu angelegt und eingepflegt werden. Das aktuell genutzte Beitragsprogramm ist nur zur Erstellung der jährlichen Bescheide ausgelegt.

In der aktuellen Gewässerumlagesatzung ist die Bagatellgrenze auf 3,00 Euro festgeschrieben. Eine Erhöhung der Bagatellgrenze wäre gemäß dem KAG auf bis zu 10,00 Euro möglich. Von dieser Erhöhung rät die Verwaltung ab, da die Einnahme, welche durch die Umlage des Gewässerunterhalts erfolgt, jedes Jahr fest im Haushalt eingeplant wird. Bei einer Erhöhung der Bagatellgrenze würden alle Beträge, die unter 10,00 Euro liegen, bei der Gemeinde verbleiben. Dies ist in Bezug auf die aktuelle Haushaltssituation nicht zielführend.

Finanzielle Auswirkungen:

a) einmalig: 130.000,00 €

b) als Folgekosten (nach Jahresscheiben):

c) Haushaltsstelle, Sachkonto, Produkt: 55211001/432100

Anlagen:

- Entwurf der 6. Änderungssatzung und Verwaltungskostenberechnung

Datum und Unterschrift Bürgermeister Ferid Giebler